



Coburg Foto: [Polybert49](#), CC BY-SA 2.0

Geschichte

Coburg wird bayerisch

Von Paul B. Kleiser | 17. August 2020

Am 1. Juli 1920 wurde das Herzogtum Coburg nach der Volksabstimmung vom 30. November 1919, in der 88,11% der Bevölkerung (26 102 zu 3466 Stimmen) gegen die Integration in den neugegründeten „Freistaat Thüringen“ votierten, an Bayern angeschlossen. Dies war der erste Volksentscheid über eine Neugliederung von deutschen Ländern überhaupt.

Für Bayern war es der einzig freiwillige Gebietszuwachs, weil der Anschluss der fränkischen Bistümer Würzburg und Bamberg ja von Napoleon durchgesetzt worden war. Mit der Abstimmung entschied sich die Coburger Bevölkerung auch gegen Preußen, mit dem es allerdings keine gemeinsame Grenze besaß. (Das Gebiet um Erfurt gehörte damals zu Preußen.)

Die Wettiner Dynastie hatte Coburg 1353 übernommen und regierte es somit 566 Jahre lang. 1826 wurde das Herzogtum Sachsen-Gotha mit Sachsen-Coburg in Personalunion, ab 1852 auch in Realunion zusammengelegt. (Faludi/Bartuschka 2020: 63) Die Coburger Dynastie Sachsen-Coburg und Gotha („Europas Stutengarten“) hatte verwandtschaftliche Verbindungen

zu den Hohenzollern und den britischen Battenberg/Windsors (Der Herzog Carl Eduard war ein Enkel von Queen Victoria und war in England aufgewachsen! Im Ersten Weltkrieg verlor er seinen Titel als britischer Prinz.) Zahlreiche preußische Offiziere wählten das beschauliche fränkische Städtchen als Altersruhesitz. Coburg hatte wohl in Preußen bezüglich eines Anschlusses nachgefragt, war dort aber nicht willkommen. (Staatsarchivdirektor Alexander Wolz in der SZ, 28./29.12.2019)

Eigentlich sollte das protestantische (und fränkische) Coburg - immerhin eines der Stammländer der Reformation - gleich dem anderen Teil des Herzogtums, Gotha, die etwa 100 km auseinander liegen, zu Thüringen kommen, als nach der Revolution 1918/19 die acht verschiedenen ernestinischen Kleinstaaten des einen Zweigs der Wettiner (der albertinische Zweig stellte den König von Sachsen) zum Land Thüringen zusammengelegt wurden. Schon im 19. Jahrhundert gab es Bestrebungen, diese anachronistischen Kleinstaaten zu einem Land zusammenzulegen, doch wurde das durch die Interessenlage des jeweiligen Adels verhindert. Die Militärverwaltung im 1. Weltkrieg handelte gesamthüringisch, und die schlechten Erfahrungen damit dürften die Coburger veranlasst haben, sich nicht dem neuen Staat Thüringen anzuschließen. Bei den Händlern und Bauern gab es zwar Warnungen vor den „ultramontanen“ Bayern; außerdem verwies man auf die schlechte Ernährungslage im zu Bayern gehörenden oberfränkischen Hof. Die Coburger SPD-Führung rief zu einem Votum für Thüringen auf, wurde aber nicht einmal von der Mehrheit der eigenen Wählerschaft unterstützt. Die bayerische Regierung machte in den Verhandlungen große Zugeständnisse (Bamberger Stipulationen [Abmachungen, Zusagen; A.d.R.] vom 12. Juni 1919), denn die Coburger durften ihre Kunstschatze und historischen Dokumente behalten. Außerdem blieben das Theater, die Landesbibliothek, das Naturkundemuseum und sogar das Staatsarchiv in der Stadt, das man im Falle eines Anschlusses an Thüringen wohl nach Weimar transferiert hätte. In Thüringen hatten die Parteien der Arbeiterbewegung (MSPD und USPD, Gotha und Erfurt waren historische Zentren derselben) das Sagen. Das kleinbürgerliche Coburg profitierte auch von der Lage nach der Revolution, als die bayerische Regierung unter dem Sozialdemokraten (und Franken) Johannes Hoffmann wegen der Münchener Räterepublik nach Bamberg geflohen und zu großen Zugeständnissen bereit war.

Zum Vollzug des Anschlusses bedurfte es gemäß Artikel 18 der Weimarer Verfassung eines Reichsgesetzes, das am 30. April 1920 verkündet wurde. Bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 durfte Coburg bereits im Wahlkreis 29 (Franken) abstimmen. Am 30. Juni 1920 beschloss die Coburger Landesversammlung in Anwesenheit des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr (auch ein Franke, seit 16. März 1920 Nachfolger von Hoffmann) und des oberfränkischen Regierungspräsidenten Otto Ritter von Strößenreuther (1865-1958) die Selbstauflösung.

Aber bald schon wurde Coburg ein Hotspot der Konterrevolution, vor allem weil der (vom Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzte) Herzog Carl Eduard (1884-1954) das Freikorps des aus Duisburg stammenden Korvettenkapitäns Hermann Erhardt, einem der Träger der

konterrevolutionären Organisation Consul (O.C) mit etwa 5000 Mitgliedern, finanziell und materiell unterstützte.[1] Diese Organisation war für eine ganze Reihe von politischen Morden verantwortlich. Carl Eduard war sogar Bezirksvertreter der Brigade Erhardt, als sie von der Führung der Reichswehr am 29. Februar 1920 für aufgelöst erklärt wurde. Daraufhin erfolgte ein rechter Marsch auf Berlin mit dem Ziel, die Reichsregierung zu stürzen. Die Brigade beteiligte sich am 13. März 1920 auch am rechten Kapp-Lüttwitz-Putsch, der aber aufgrund des Generalstreiks der Arbeiterbewegung scheiterte. In Bayern musste die Regierung Hoffmann (SPD) zurücktreten und wurde durch den rechten Gustav von Kahr (BVP) ersetzt.

Der Herzog beherbergte den flüchtigen Erhardt zeitweilig auf seiner Burg Callenberg, als er polizeilich gesucht wurde, und versteckte in andern Schlössern auch große Mengen an Waffen. Einer der Auftragskiller der O.C., Ernst von Salomon, der bei der Ermordung von Walther Rathenau im Juni 1922 Wache gestanden hatte - im Übrigen stammte auch der Attentäter Hermann Fischer selbst aus Coburg -, wurde sogar des Herzogs Adjutant. Carl Eduard war überzeugt, dass Erhardt (und nicht Hitler) der neue „Führer“ der völkisch-nationalistischen Bewegung sein würde. (Urbach 2019: 186-189) Karina Urbach fasst zusammen: „Die ‚politische Arbeit‘ der O.C. zu unterstützen, bedeutete also, politisch motivierte Attentate zu unterstützen. Carl Eduard hatte dabei den Finger niemals selbst am Abzug, aber er half, die Waffe zu laden.“ (ibid., 188) Träger des rechten Radikalismus in Coburg waren - abgesehen vom Herzog und seiner Entourage - insbesondere die Kriegervereine, wie der „Coburger Kriegerverband“, der „Militärverein Kameradschaft“ oder die „Angehörigen des 6. Thüringischen Infanterieregimentes 95“. Ab 1922 kam noch die Ortsgruppe des Jungdeutschen Ordens hinzu, die von den Pfarrern Willi Döbrich und Helmuth Johnsen geführt wurde.

Der Coburger „Blutsonnabend“

Nach der Ermordung des früheren Reichsfinanzministers Matthias Erzberger (Zentrum) am 26. August 1921 in Griesbach im Schwarzwald durch die Organisation Consul kam es im ganzen Reich zu Demonstrationen. In Coburg riefen die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften deswegen zu einer Kundgebung auf. Sie sollte am 3. September stattfinden und war auch gegen die bayerische Regierung des rechtsradikalen Ministerpräsidenten Gustav von Kahr gerichtet. Der Vorsitzende der örtlichen SPD, Franz Klingler, und der Gewerkschaftsführer Otto Voyer holten beim Bezirksamt eine Genehmigung für eine Kundgebung auf dem Coburger Schlossplatz ein. Da mit der Teilnahme von zahlreichen Arbeiter*innen aus den benachbarten Industriestädten Rodach, Neustadt und Sonneberg zu rechnen war, befürchtete die bayerische Landespolizei Unruhen. Der Oberbürgermeister Gustav Hirschfeld (SPD) versuchte mit dem Bezirksamt und der Polizei zu einer Einigung zu kommen. Aber die Regierung von Oberfranken untersagte eine nach einer Kundgebung übliche Demonstration, die „mit allen Mitteln“ verhindert werden sollte.

Eine politische Machtprobe ...

Zur Durchsetzung des Demonstrationsverbots entsandte die Landespolizei zusätzliche 150 Mann nach Coburg und ließ die Innenstadt absperren. Otto Voyer befürchtete, dass „die Landespolizei an zerstörerischer Wirkung in einer halben Stunde mehr erreichen werde, als die Sozialistenführer nicht in hundert Reden bewirken können“. (www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Coburger-„Blutsonnabend“/)

Gegen 15 Uhr hatten sich etwa 3000 Menschen auf dem Schlossplatz eingefunden. Die Polizei begann mit der Absperrung der Innenstadt, was die Menge empörte. Es kam zu Handgreiflichkeiten und der Einkesselung einer Polizeieinheit. Die Polizei schoss daraufhin Gewehrsalven und warf Handgranaten in die Menge. Etwa zwanzig Personen wurden teilweise erheblich verletzt, ein Mann erlag zwei Tage später seinen Verletzungen.

Es handelte sich um eine politische Machtprobe: Die Parteien der Arbeiterbewegung sahen den Anschluss an Bayern – besonders nachdem der Rechte Gustav von Kahr Ministerpräsident geworden war – äußerst kritisch und hätten sich (gleich dem früheren Gothaer Landesteil) lieber Thüringen angeschlossen. Der bayerischen Staatsregierung ging es darum, ihre Autorität auch im „neugewonnenen“ Coburg durchzusetzen.

Die Untaten des Herzogs

Seit 1913 sammelte sich das deutsch-völkische Lager zu einem „Deutschen Tag“. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund berief ihn für 1922 nach Coburg ein. Unter den Gästen befand sich auch der damals außerhalb Münchens noch wenig bekannte Adolf Hitler, der vorher bei keinem Deutschen Tag aufgetreten war. Er wurde vom Organisator des Treffens, dem Coburger Lehrer Hans Dietrich, persönlich eingeladen. Nun sah er die Chance gekommen, vor einem rechtsradikalen Publikum außerhalb Münchens aufzutreten. Er behauptete später verharmlosend, der Zweck des Treffens sei es gewesen, „eine gegenseitige Fühlungnahme der vaterländischen völkischen Verbände zu ermöglichen“. (Erdmann 1969: 159) Dazu mietete er einen Sonderzug und fuhr mit 650 SA-Leuten über Nürnberg nach Coburg.[2] In Nürnberg, wo die Gruppe um Julius Streicher zustieg, wurde ein aus Berlin kommender Zug mit Hakenkreuzen beschmiert und die SA sang: „Schmeißt sie raus, die Judenbande!“ (Erdmann 1969: 100) Da verschiedene Organisationen der Arbeiterbewegung Gegenkundgebungen abhielten (am 24. Juni 1922 war der Außenminister Walther Rathenau von der O.C. ermordet worden, auch wirkten die Ereignisse vom vergangenen Jahr noch nach), kam es zu Straßenkämpfen.[3] Antifaschisten dürften die provokativ auftretenden Nazis auf ihrem Marsch in Uniform und Musikkapelle vom Bahnhof zur Unterkunft wohl zuerst angegriffen haben, doch diese hielten sich an keine behördlichen Vorgaben und droschen mit allen Mitteln auf ihre Gegner ein.[4]

Adolf Hitler trat im örtlichen Hofbräuhaus auf und traf dort wahrscheinlich zum ersten Mal mit Carl Eduard und dessen Gemahlin zusammen. Daraus entwickelte sich eine anhaltende Männerfreundschaft, von der der Herzog vor allem nach 1933 immer wieder schwärmte. Er war

kein geringerer Antisemit als Hitler, denn seiner Meinung nach waren die Juden alle Bolschewiken und für die Revolution und seine Absetzung im November 1918 verantwortlich. Die Reden von Hitler und anderen Nazis fanden großen Beifall. Man verabschiedete eine Resolution zugunsten eines „entschlossenen Kampfes gegen Versailles und die Kriegsschuldflüge“, gegen die Berliner „Erfüllungspolitik“ und gegen die „Auslieferung der ‚Kriegsverbrecher‘“, und man verurteilte die Berliner Regierungen, die Aktionen der „deutschvölkischen Bewegung“ unterbunden hatten.

Carl Eduard wurde im Laufe der Jahre im Dritten Reich – auch weil er seine internationalen Beziehungen nach Schweden und England zugunsten des Reiches ausspielte – mit Orden und Ehrenzeichen überhäuft. Der angebliche „Marsch auf Koburg“ (sic; Hitler und die Nazis benutzten die Schreibweise von vor 1920) wurde ein wichtiges Datum in der Gründungsmythologie der NSDAP; allerdings wird der Herzog in *Mein Kampf* nicht namentlich erwähnt.

Am „Hitlerputsch“ (8./9. November 1923) im folgenden Jahr in München war Carl Eduard nicht beteiligt, weil er immer noch in enger Verbindung mit Hermann Erhardt stand, der eigene Putschpläne entwickelt hatte. Zwar wurde der Erhardt-Mann Alfred Hoffman Stabschef der SA, doch eine Beteiligung am Putsch in München lehnte Erhardt ab. Er war ziemlich eng mit dem bayerischen Staatskommissar Gustav von Kahr befreundet, dessen Hauptinteresse der Installierung einer rechtsgerichteten Regierung in Berlin galt.[5] Dazu sollten die Truppen von Erhardt ggf. in der Reichshauptstadt einmarschieren. Daher wurde er von den rechtsradikalen Kreisen in München als Verräter angesehen.

Die Intentionen des Herzogs treten in einem Brief von Ende November 1923 an seine Schwester ziemlich unverhüllt zutage:

„Ich kann derzeit nicht die bayerische Grenze in den Norden Deutschlands überqueren, ohne Gefahr zu laufen, dass man mich festnimmt und nach Leipzig (Sitz des Reichsgerichts, [d.Verf]) schickt – schließlich gehöre ich der Marinebrigade Erhardt an, einem höchst illegalen Freikorps, das in ganz Deutschland gefürchtet und verfolgt wird, *außer in Bayern*. Nun arbeiten wir unermüdlich daran, alle vaterländischen Kampfverbände unter dem alleinigen Kommando von Hauptmann E. zu vereinen. Die bayerische Staatsregierung ermöglicht uns das inoffiziell.“ (zit. nach Urbach 2018: 195)

Nach 1923 beruhigte sich die politische Lage in Bayern und im Reich. Doch die Weltwirtschaftskrise bestärkte die alten Ressentiments. Die antisemitische Agitation der NSDAP („Coburg den Coburgern! Palästina für die, die dort hingehören!“) war entscheidend für ihren Wahlsieg bei den Kommunalwahlen im Juni 1929. Die NSDAP gewann 13 der 25 Stadtratssitze und Coburg wurde die erste Stadt in Deutschland, die von einem Nazi-Bürgermeister regiert wurde. Der Kandidat, Franz Schwede, hatte seine Stellung als Maschinenschlosser bei den Stadtwerken verloren, weil er einen jüdischen Geschäftsmann mit

antisemitischen Sprüchen beschimpft und beleidigt hatte. Die NSDAP schlachtete ihren Sieg natürlich reichsweit genüsslich aus; Carl Eduard hatte mit Geld und eigenem Auftreten bei NS-Veranstaltungen die Partei unterstützt. Im Februar 1932 verlieh Coburg Hitler die „Ehrenbürgerwürde“.

Carl Eduard war von Benito Mussolini und dem italienischen Faschismus fasziniert, weil er scheinbar die Monarchie und den alten Adel mit den neuen „Eliten“ verschmolz. Solches erhoffte er sich auch für Deutschland. Dazu gründete er 1931 zusammen mit dem Auftraggeber des Mordes an Rosa Luxemburg, Waldemar Papst (1881-1970)[6], eine „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“. Damit gelang es dem Herzog auch, wichtige Industrielle der DNVP für die Nazis zu interessieren.

Immer auf Stand bleiben zu Entwicklung in Bayern? Dann rein in den Newsletter!

Literatur:

Erdmann, Jürgen, 1969: *Coburg, Bayern und das Reich. 1918-1923*, Coburg (Rossteutscher Verlag).

Falusi, Christian/Bartuschka, Marc (Hrsg.) 2020 : « Engere Heimat ». Die Gründung des Landes Thüringen, Wiesbaden (Weimarer Verlagsgesellschaft).

Hayward, N.F./Morris, D.S., 1988: *The First Nazi Town*, New York (St. Martin's Press).

Malinowski, Stephan, 2004: *Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main (Fischer).

Urbach, Karina, 2019: *Hitlers heimliche Helfer. Der Adel im Dienst der Macht*, Darmstadt (wbg), 2. Auflage.

[1] Die hochadligen Häuser Coburg, Hessen, Leiningen (Battenberg) und Hohenlohe waren sowohl mit dem britischen wie dem russischen Herrscherhaus eng verwandt. Alle diese Häuser unterstützten aktiv die Nationalsozialisten. (Urbach, 2019: 171; Malinowski 2004: 564ff.) Der wichtigste Grund lag in ihrer Angst vor der Revolution und dem „Bolschewismus“.

[2] Die Fahrkarte kostete stattliche 190.- RM, der ganze Zug 120 000 RM. Hinzu kam eine beachtliche Teilnahmegebühr. Einfache Arbeiter hätten sich die Fahrt ohne Subvention von

reichen Gönnern nie leisten können! (Erdmann 1969: 94f.)

[3] Vgl. Ian Kershaw, *Hitler. 1889-1936*, München (DVA) 1998, S. 227f.

[4] Es kam zu zahlreichen Strafanzeigen und Hitler wurde im Dezember und Januar zweimal von der Münchener Staatsanwaltschaft vernommen, wo er sich als Unschuldslamm gebärdete. Das Protokoll findet sich im Anhang bei Erdmann 1969: 159-162.

[5] Hitler machte Gustav von Kahr für die Niederschlagung des Putsches, bei dem 16 Putschisten und vier Polizisten ums Leben kamen, verantwortlich. Deswegen wurde der Pensionist in der „Nacht der langen Messer“ am 30. Juni 1934 im KZ Dachau umgebracht.

[6] Vgl. das Buch von Klaus Gietinger, *Eine Leiche im Landwehrkanal*. Die Ermordung der Rosa L., Berlin 1995.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 17. August 2020 in der Kategorie: **Geschichte**.